



Die französische Regierung hat Anfang März erneut von einem Instrument Gebrauch gemacht, das in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Bestandteil ihrer Sicherheitsstrategie geworden ist: der administrativen Auflösung extremistischer Gruppierungen. Mit dem Beschluss des Ministerrats vom 4. März 2026 wurde der rechtsextreme Zusammenschluss «Bloc montpelliérain» offiziell verboten.

Was auf den ersten Blick wie eine marginale Nachricht erscheint – es handelt sich um eine Gruppe von kaum zwanzig Aktivisten – verweist auf eine breitere Entwicklung: den zunehmenden staatlichen Versuch, politische Gewalt durch präventive Maßnahmen zu bekämpfen. Gleichzeitig wirft der Fall grundlegende Fragen zur Wirksamkeit solcher Verbote und zur Dynamik radikaler Milieus in Frankreich auf.

Ein junges, aber ideologisch radikales Netzwerk

Der «Bloc montpelliérain» entstand erst Anfang 2024 in Montpellier. Seine Gründung erfolgte unmittelbar nach der Auflösung einer anderen lokalen rechtsextremen Gruppe, der «Jeunesse Saint-Roch». Diese Kontinuität ist typisch für das Milieu der radikalen Rechten: Organisationsformen verschwinden, doch Netzwerke und Ideologien bleiben bestehen.

Ideologisch verstand sich die Gruppe als Teil des sogenannten «nationalrevolutionären» Spektrums. Diese Strömung verbindet Elemente des radikalen Nationalismus mit antikapitalistischen Versatzstücken und greift zugleich auf Symbolik und Rhetorik aus dem neofaschistischen und neonazistischen Umfeld zurück. In Frankreich existiert diese Mischform seit den 1980er Jahren als Randphänomen der extremen Rechten.

Im öffentlichen Raum machte der «Bloc montpelliérain» zunächst vor allem durch Propagandaaktionen auf sich aufmerksam. Aufkleber und Graffiti mit rassistischen oder ultranationalistischen Botschaften tauchten in verschiedenen Vierteln Montpelliers auf. Teilweise griff die Gruppe dabei auf Bildwelten zurück, die an die militärische Symbolik des nationalsozialistischen Deutschlands erinnern.

Solche Aktionen mögen zunächst wie symbolische Provokationen erscheinen. Doch für die französischen Sicherheitsbehörden sind sie oft der erste sichtbare Ausdruck einer Radikalisierungsdynamik, die sich später auch in Gewaltakten niederschlagen kann.



Eskalation in mehreren gewalttätigen Vorfällen

Tatsächlich blieb die Aktivität des «Bloc montpelliérain» nicht auf Propaganda beschränkt. Bereits wenige Monate nach seiner Gründung tauchte die Gruppe im Zusammenhang mit mehreren gewalttätigen Zwischenfällen auf.

Berichten zufolge wurden politische Gegner, insbesondere Gewerkschaftsaktivisten, angegriffen oder bedroht. Auch Journalisten berichteten von Einschüchterungsversuchen. Besonders betroffen waren zudem Minderheitenorganisationen, etwa Initiativen zur Unterstützung von Migranten oder LGBTQ-Verbände.

Ein besonders aufsehenerregender Vorfall ereignete sich im Juni 2024 während des «Festival des fanfares» in Montpellier. Personen, die dem Umfeld der Gruppe zugerechnet wurden, sollen dort einen Gewerkschafter angegriffen und Gegenstände auf einen Informationsstand geworfen haben, der von verschleierten Frauen betrieben wurde.

Im Verlauf des Vorfalls wurde zudem eine transgeschlechtliche Person bedroht und körperlich bedrängt. Der Zwischenfall löste eine strafrechtliche Untersuchung aus und führte zu scharfer Kritik lokaler Politiker.

Für das französische Innenministerium fügten sich solche Ereignisse zu einem Muster. Über Monate hinweg sammelten Polizei und Nachrichtendienste Material, das schließlich die Grundlage für die administrative Auflösung bildete.

Das Instrument der administrativen Auflösung

Die französische Rechtsordnung erlaubt es der Regierung, Vereinigungen oder faktische Gruppierungen durch Dekret im Ministerrat zu verbieten, wenn diese zu Gewalt, Hass oder Diskriminierung aufrufen oder die öffentliche Ordnung gefährden. Grundlage dafür ist Artikel L.212-1 des Code de la sécurité intérieure.

Dieses Instrument hat eine lange Geschichte. Bereits während der Dritten Republik wurden paramilitärische Bewegungen auf diese Weise verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg griff der Staat wiederholt auf dieses Mittel zurück, um extremistische Netzwerke zu zerschlagen.

In den letzten Jahren hat die Regierung dieses Instrument allerdings deutlich häufiger eingesetzt. Seit 2017 wurden mehr als zwei Dutzend Organisationen verboten, die entweder



dem rechtsextremen oder dem linksextremen Spektrum zugerechnet werden.

Der Beschluss gegen den «Bloc montpelliérain» folgt genau dieser Logik. Im Dekret heißt es knapp, die Gruppierung werde aufgrund von Aufrufen zu Gewalt, Hass und Diskriminierung aufgelöst.

Eine breitere Strategie gegen politische Gewalt

Der Schritt ist Teil einer umfassenderen Politik der Regierung, gegen sogenannte «mouvances ultras» vorzugehen. Darunter verstehen die Behörden militante Strömungen an den politischen Rändern, deren Aktivitäten über bloßen Aktivismus hinausgehen und in Gewalt umschlagen.

Im Fokus stehen dabei nicht nur rechtsextreme Gruppen. Auch militante antifaschistische Netzwerke und Teile der radikalen Linken geraten regelmäßig ins Visier der Behörden.

Nach Angaben aus Regierungskreisen könnten in den kommenden Monaten weitere Organisationen verboten werden. Genannt wird unter anderem ein identitäres Netzwerk aus Südfrankreich. Gleichzeitig prüfen die Behörden Strukturen, die mit einer bereits verbotenen antifaschistischen Bewegung verbunden sein sollen.

Die Regierung versucht damit, politisch eine klare Botschaft zu senden: Gewalt im politischen Aktivismus soll unabhängig von ideologischer Herkunft bekämpft werden.

Wirksamkeit zwischen Symbolpolitik und realer Prävention

Die administrative Auflösung extremistischer Gruppen ist allerdings umstritten. Befürworter argumentieren, solche Maßnahmen erschweren die Organisation gewalttätiger Netzwerke erheblich. Vermögen können eingefroren, Treffpunkte geschlossen und Kommunikationskanäle unterbrochen werden.

Kritiker hingegen halten die Wirkung für begrenzt. Radikale Gruppen seien häufig flexibel organisiert und könnten sich rasch unter neuem Namen rekonstituieren. Die Geschichte der extremen Rechten in Frankreich zeigt tatsächlich eine lange Serie solcher Transformationen.



Forscher sprechen daher von einer «permanenten Rekonfiguration» radikaler Milieus. Strukturen verschwinden, Aktivisten bleiben – und bilden neue Netzwerke.

Dennoch betrachten Sicherheitsbehörden die Verbote als wichtiges Instrument. Selbst wenn eine Gruppe später neu entsteht, zwingt jede Auflösung ihre Mitglieder zu organisatorischen Anpassungen und erhöht den staatlichen Druck.

Ein angespanntes politisches Klima

Die Entscheidung der Regierung fällt in eine Phase erhöhter politischer Spannung. In mehreren französischen Universitätsstädten, darunter Lyon und Montpellier, kam es zuletzt wiederholt zu Zusammenstößen zwischen rechtsextremen und antifaschistischen Aktivisten.

Besonders aufsehenerregend war der Tod eines nationalistischen Aktivisten im Februar 2026 in Lyon, der nach einer mutmaßlichen Attacke durch antifaschistische Gegner starb. Der Vorfall hat die Debatte über politische Gewalt neu entfacht.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Auflösung des «Bloc montpelliérain» nicht nur als sicherheitspolitische Maßnahme, sondern auch als politisches Signal. Der Staat demonstriert seine Entschlossenheit, radikale Gewalt frühzeitig zu unterbinden.

Ob solche Schritte langfristig zur Beruhigung der politischen Ränder beitragen, bleibt jedoch offen. Die Geschichte zeigt, dass radikale Milieus selten verschwinden. Sie verändern lediglich ihre Formen.

Autor: P. Tiko